

Bulletin 3/18

NR. 192, SEPTEMBER 2018

MEXIKO

Mexiko nach den Wahlen:
Licht am Ende des Tunnels

EL SALVADOR

Die Folgen des Rechtsrutsches

NICARAGUA

Ay Nicaragua, Nicaragüita



medico international schweiz

Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich

Inhaltsverzeichnis

EL SALVADOR

Die Folgen des Rechtsrutsches

4

MEXIKO

Mexiko nach den Wahlen: Licht am Ende des Tunnels

7

NICARAGUA

Ay Nicaragua, Nicaragüita

9

LETZTE SEITE

Kurznews und Veranstaltungen

12



Titelbild:

San Salvador, 3. Dez. 2017. Am Internationalen Tag für Menschen mit Behinderung mobilisierte die Elternvereinigung *Los Angelitos* in El Salvador für das neue Gesetz zur Inklusion.



Impressum

Bulletin 3/18, September 2018, Erscheint viermal jährlich im Abonnement; jährlich Fr. 5.-; beglaubigte Auflage: 5'700 Expl. **Redaktion** Therese Vögeli **Layout** Bianca Miglioretto **Konzept** komunikat GmbH **Druck** ropress Genossenschaft, Zürich **Herausgeberin** medico international schweiz (vormals Centrale Sanitaire Suisse, CSS, Zürich) Quellenstrasse 25, Postfach 1816, 8031 Zürich

Titelbild Maja Hess, medico international schweiz

Bildnachweis S. 5: Jean-Marc Varidel S. 7: SADEC S. 9+10: Barbara Klitzke S. 12: www.ermo.who.int

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser Liebe Spenderinnen und Spender

— In diesem Bulletin schauen wir nach Mexiko, El Salvador und Nicaragua. Während sich die internationale Entwicklungszusammenarbeit und auch die DEZA zunehmend aus Zentralamerika zurückziehen, unterstützen wir unsere Projektpartner weiterhin auch in politisch komplexen Situationen.

In Mexiko keimt mit der Wahl von Andrés Manuel López Obrador zum Präsidenten die Hoffnung auf einen Bruch mit den antidemokratischen Strukturen der regierenden PRI auf. Was jedoch die Rechte der indigenen Ethnien und den Schutz der natürlichen Ressourcen angeht, bestehen Zweifel an einer positiven Entwicklung. Klar ist, dass die massive Krise der Menschenrechte nicht in einer Regierungsperiode behoben werden kann.

Nach dem desaströsen Ergebnis der Wahlen in El Salvador konzentrieren sich unsere Projektpartner auf die Basisarbeit. Mit andern linken Organisationen versuchen sie soziale, politische und feministische Forderungen zu formulieren. Die Herausforderung wird sein, eine gemeinsame Front zu bilden gegen das Vorgehen der Rechten, sämtliche soziale Errungenschaften rückgängig zu machen und die konsequente Privatisierung des Energiesektors voranzutreiben. Die sozialen Organisationen sind gefordert, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsam Widerstand zu leisten gegen den Verlust von Mitbestimmung bei der Verteilung der Ressourcen und des sozialen Kapitals.

Es zeichnet sich ab, dass die USA «ihren Hinterhof» wieder kontrollieren und in Lateinamerika ihren Einfluss deutlich ausbauen möchten. Dabei «re-kolonisieren» sie legitime Proteste wie die in Nicaragua und nehmen über die Finanzierung von Studentenorganisationen, Hilfsprogrammen, Medienplattformen und über die Kirchen Einfluss auf Ausrichtung und Ausgang des politischen Aufbruchs. Die Menschen in

Nicaragua sind in Not, erleben zum Teil massive Repression von Seiten der Polizei und paramilitärischen Gruppierungen. Gleichzeitig bildet dieser Raum von Protest und Repression den Nährboden für das Erstarken krimineller Banden und gewalttätiger Gegner der regierungstreuen SandinistInnen, die brutal gegen einzelne Menschen vorgehen, sowie von Kirchenvertretern, die sich je nach Opportunität der einen oder andern Seite andienen. Der Ausgang dieses Konflikts ist ungewiss. Der Schaden wird riesig sein. Nicht zu vergessen die massiven ökonomischen Verluste, die besonders die armen Menschen treffen. Grosse Sorgen bereitet auch die Frage, wer das Machtvakuum füllen wird, falls Ortega und Murillo abtreten. Es ist leider zu bezweifeln, dass es eine gut organisierte progressive Kraft mit einem linken Programm gibt, welche Nicaragua in eine selbstbestimmte Zukunft begleiten könnten. Viel mehr ist zu befürchten, dass die USA ihre Macht bedeutend verstärken wird durch die Kontrolle der politischen Kräfte, wirtschaftliche Einflussnahme und den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen. Dies wird wiederum einen rechtslosen Raum eröffnen, in dem Kleinkriminalität und organisiertes Verbrechen keinen Grenzen mehr unterworfen sind.

Fast möchte ich mit Brecht sagen: «Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!». Wir hoffen jedoch, dass die progressiven Menschen in Nicaragua und El Salvador dank der jahrzehntelangen politischen Erfahrung, ihrer Fähigkeit zur sozialen Organisation und zum politischen Kampf die sozialen Errungenschaften und die Partizipation in demokratischen Strukturen nicht widerstandslos preisgeben werden. Darin wollen wir sie unterstützen.

*Maja Hess, Präsidentin
medico international schweiz*

EL SALVADOR

Die Folgen des Rechtsrutsches

Unsere Projektverantwortliche für El Salvador und Präsidentin Maja Hess unterhielt sich mit Michael «Paco» Kleutgens, Arzt und Koordinator der Elternvereinigung *Los Angelitos* über die Ursachen und Auswirkungen des aktuellen politischen Rechtsrutsches in El Salvador. Maja Hess

Maja Hess: Paco, wie geht es den Menschen in El Salvador?

Paco Kleutgens: Nach den Parlaments- und Gemeindewahlen im März 2018 geht es den Menschen nicht besonders gut, denn die Situation ist politisch sehr angespannt. Die regierende linke Frente (FMLN, hervorgegangen aus einem Bündnis revolutionärer Kräfte) hat sieben von 31 Parlamentsabgeordneten verloren. Sie hält also nur noch 24 von insgesamt 84 Sitzen im Parlament!

Was bedeutet das konkret?

Die Rechte hat nun die 2/3 Mehrheit im Parlament. Daher wird es für den Rest der Regierungsperiode sehr schwierig werden, Mehrheiten für neue Gesetzesvorlagen zu gewinnen. Vorher konnte mit der rechten Partei GANA, die sich von der rechtskonservativen ARENA

fen wurde! Die Wasserpolitik wechselt damit in die Hände der Privatwirtschaft, was einer Privatisierung der Wasserversorgung gleichkommt.

Und wie stehen die Chancen der Linken für die Präsidentschaftswahlen Anfang 2019?

Leider sehen sie gemäss Wahlumfragen sehr düster aus. Die Stimmung in der Linken schwankt zwischen Resignation und Durchhalteparolen. Gewisse Parteileute entwickeln daher einen Zweckoptimismus. Ich persönlich bin pessimistisch und glaube nicht mal, dass der Frente-Kandidat Hugo Martinez es in den zweiten Wahlgang schaffen wird. GANA hat mit Nayib Bukele, dem ehemaligen Bürgermeister von San Salvador, der aus der Frente ausgetreten ist, gute Chancen. Wir als Linke müssen zwischen Teufel und Belzebug wählen ... Und selbst wenn die Frente gewinnen würde, wären die ersten zwei Amtsjahre wegen der starken Rechten im Parlament äusserst schwierig.

Wie geht es Dir persönlich damit?

Ich hatte stets das Gefühl, es gehe vorwärts: langsam, aber sicher. Aktuell habe ich diesbezüglich keine Hoffnung mehr. Wenn die Rechte jedoch glaubt, sie könne nun machen, was sie wolle, wird das zu einem erneuten Erstarren der Basisbewegungen führen. Bereits rund um dieses Wassergesetz hat es massive Proteste gegeben. Nur sind die sozialen Organisationen noch gespalten und neidisch aufeinander. Da gibt es noch einiges zu verändern. Ausserdem sehe ich auch die Frente in der Verantwortung für dieses politische Debakel.

Wie und warum?

Hier sehe ich drei Probleme: Erstens

«Die Wasserpolitik wechselt damit in die Hände der Privatwirtschaft»

abgespalten hat, wenigstens eine einfache Mehrheit erreicht werden. Aktuell würde es dazu die Stimmen der ebenfalls rechten Parteien PCN und PDC brauchen, die jedoch stets den Kurs von ARENA unterstützt haben. Die Rechte fühlt sich so gestärkt und ist kaum mehr kompromissbereit.

Wie zeigt sich das?

Vor den Wahlen wurde mit der gesamten Zivilgesellschaft ein neues Wassergesetz diskutiert, auch die Kirche war daran beteiligt. Die Mehrheit der Artikel wurde schon verabschiedet. Nach den Wahlen hat die Rechte die gesamte Arbeit in die Schublade gesteckt und einen eigenen Vorschlag präsentiert, der vom Unternehmerverband entwor-

haben Sparenscheide der Regierung gerade die untere Mittelschicht hart getroffen. Dabei ging es um den Versuch, die Subventionen für Wasser, Gas und Strom ausschliesslich der Unterschicht zukommen zu lassen. Es ist jedoch schwierig, diese zu eruieren. Wir haben kein Steuer- oder Lohnsystem, das sichtbar macht, wer wie viel verdient. Deshalb wurden diese Subventionen an den Stromverbrauch gekoppelt. Wer nur gerade Strom für den Haushalt brauchte, hatte Anrecht auf Subventionen. Viele Menschen sind jedoch im informellen Sektor tätig, haben einen kleinen Laden mit einer

keit bezichtigt. Und es hagelte Korruptionsvorwürfe, obwohl die wirklichen Korrupten die Rechten waren! Die Regierung war unter medialem Dauerfeuer. Das hat seine Wirkung leider nicht verfehlt.

Drittens haben die Parlamentsabgeordneten der Frente zu wenig auf die Symbolwirkung ihres Auftritts geachtet, wenn sie sich in teuren Autos und mit einer Schar von Leibwächtern in der Öffentlichkeit zeigten oder private Gesundheitsversicherungen abschlossen! Diese drei Bereiche haben der Glaubwürdigkeit der linken Politik geschadet.



Paco Kleutgens (rechts) mit Jesús Martínez, früherer Präsident des Nationalen Rats für Behindertenpolitik CONAIP an der Delegiertenversammlung des Rates.

Tiefkühltruhe und verbrauchen deshalb mehr Strom als den Grundbedarf. Sie wurden von den Subventionen ausgeschlossen. Das hat die Leute frustriert. Genauso flatterte jeden Monat die Wasserrechnung ins Haus, obwohl häufig kein Wasser aus den Hähnen floss. Und auf die Prepaidkarten der Handys wurden Gebühren erhoben, die eigentlich die Telefongesellschaften hätten zahlen sollen. Klar, die Finanzen lagen im Argen. Die Frente hat wegen der Blockierungspolitik von ARENA keine Kredite mehr bekommen, und die nationale Sicherheit frass eine Menge Geld.

Zweitens hat die von der Rechten dominierte Presse die öffentliche Meinung massiv beeinflusst. Die Regierung wurde permanent der Unfähig-

Was hat denn die linke Regierung Positives geleistet?

Seit Jahrzehnten waren die beiden linken Regierungen unter Funes (2009-2014) und Sánchez Céren (seit 2014) die einzigen, die Investitionen in den sozialen Bereich, Gesundheit und Bildung getätigt haben, was gerade der Unterschicht sehr zugute kam. Die Rechte wird dies rückgängig machen, sobald sie an die Macht kommt. Ausserdem hat sich die Sicherheitslage verbessert. Auch wenn es absurd tönt: Heute gibt es «nur» noch 10 Morde pro Tag. Früher waren es mindestens 24!

Welche Auswirkungen hat diese Situation auf das Projekt Los Angelitos?

Aktuell sind wir in einem heftigen

PROJEKTSTICHWORTE

– medico international schweiz unterstützt in El Salvador die Selbsthilfevereinigung *Los Angelitos* von Familien mit Kindern mit Behinderungen seit ihrer Gründung 2006. In dieser Zeit hat *Los Angelitos* die Inklusion der Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft sowie die Förder- und Behandlungsmöglichkeiten wesentlich geprägt und verbessert.

Clinch mit der Regierung, was das seit Jahren umstrittene Gesetz der Inklusion für den Einschluss der Menschen mit Behinderungen ins öffentliche Leben betrifft. Wir bedauern sehr den Rücktritt des Frente-Ministers Gerson Martínez. Er war Präsident des Gremiums, in dem die Regierung und die Behindertenorganisationen mit je sieben Personen vertreten waren. Gerson hatte unsere Strategie und unsere Vorschläge klar unterstützt. Die aktuelle Entwicklung wird leider durch die neue personelle Besetzung stark behindert.

Dennoch sind wir trotz der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Parlament verhalten optimistisch. Die beiden Frente-Vertreterinnen der dreiköpfigen parlamentarischen Kommission, welche den Gesetzesvorschlag im Auftrag des Parlaments prüft, scheinen uns seit dem desaströsen Wahlergebnis sehr viel stärker und

«Die Leute sind jenseits der politischen Schwierigkeiten voll bei der Sache»

aktiver zu unterstützen, da wir als soziale Organisation auch ein wichtiger Teil der politisch linken Basisbewegung sind. Ausserdem hat sich der Präsident dieser Kommission, ein ARENA-Politiker, der selber mit einer schweren Behinderung lebt, aufgrund seiner eigenen Geschichte zum Thema Inklusion bereits früher weit aus dem Fenster gelehnt. Dies verbessert die Chancen, die Diskussion zum Gesetzesvorschlag im Parlament endlich in Gang zu bringen. Das Resultat wird unter anderem auch von unserer Fähigkeit abhängen, weiterhin Druck zu machen.

Dass die Frente vermehrt auf die Karte setzt, massiv die sozialen Bewegungen zu unterstützen, ist für uns dabei natürlich hilfreich. Und nicht zuletzt wären unter der Regierung der Rechten diese Diskussion und der Gesetzesvorschlag in dieser Form überhaupt nie auch nur im Ansatz möglich gewesen!

Und wie sieht die Arbeit an der Basis aus?

Die geht sehr gut weiter. Die Leute sind jenseits der politischen Schwierigkeiten voll bei der Sache. Natürlich, die alltäglichen Probleme gehen weiter, hier gibt es nichts Neues. Wir betreiben als *Angelitos* ja keine Expansionspolitik, aber es kommen laufend neue Familien und Menschen dazu. Und die sieben Behindertenorganisationen haben sich in den letzten Jahren geeint, sprechen mit einer Stimme. Früher waren sie stets zerstritten. Wir werden lokal, national und sogar international wahrgenommen als die Organisation mit extrem viel Erfahrung im Bereich der Behindertenarbeit und -politik.

Wir sind nach *ALGES*, der Organisation für kriegsversehrte Menschen, die zweitgrösste Organisation, die sich um die Anliegen aller Menschen mit Behinderungen kümmert und nicht ausschliesslich um bestimmte Gruppierungen. Im Fokus der täglichen Arbeit stehen Kinder, Jugendliche und ihre Angehörigen. Jedoch in sozialpolitischen Fragen greifen wir die Bedürfnisse aller Menschen mit Behinderungen auf, wie das unsere Bemühungen rund um das Gesetz der Inklusion zeigen. Ausserdem haben wir die stärkste politische Einflussnahme im Bereich der öffentlichen Behindertenpolitik und -problematik. Da wir finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, wesentlich von *medico international schweiz*, sind wir unabhängig von staatlichen Geldern und können uns deshalb lautstark bemerkbar machen, um die Lebensbedingungen und die Chancen von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen nachhaltig zu verbessern.

Paco, vielen Dank für das Gespräch.

✕

MEXIKO

Mexiko nach den Wahlen: Licht am Ende des Tunnels

Ein kleines Licht am Ende des Tunnels. So fühlt sich der Wahlsieg der gemässigt linken Partei Morena am 1. Juli in Mexiko an. Trotz der ideologischen Widersprüche innerhalb der neuen Regierung: nach 32 Jahren aggressiver neoliberaler Politik ist eine Verschnaufspause in Sicht. Wir haben die medico-Partner gefragt, wie sie den Politikwechsel einschätzen. Philipp Gerber

Für den überraschend klaren Wahlsieg von Andrés Manuel López Obrador sind in der Analyse des Arztes Raymundo Díaz vom *Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit CCTI* mehrere Faktoren verantwortlich: Der Überdruß mit den bisherigen Politikern, die Verarmung, die Antwort an der Urne auf die Strukturanpassungsmassnahmen, insbesondere die Privatisierung des Energiesektors und die gewerkschaftsfeindliche Arbeitsreform. Díaz meint, der Wahlsieg sei nur teilweise eine Antwort auf die kriminelle Gewalt des Staates seit Beginn des Drogenkriegs 2006: «Das hatte sicher einen Einfluss auf das Wahlverhalten. Aber ich glaube, die Abfuhr an den Urnen war vielmehr eine Antwort auf die wirtschaftliche Misere, in welche die Bevölkerung mit der aktuellen Regierung Peña Nieto geraten ist.»

Der Experte für die Folgen von Repression, der im Bundesstaat Guer-

rero Überlebende und Angehörige von Ermordeten und Verschwundenen begleitet, darunter seit vielen Jahren die Eltern der verschwundenen Studenten von Ayotzinapa, gibt keine Entwarnung: Sie seien sich bewusst, dass der Kontext des global herrschenden neoliberalen, imperialistischen, ausbeuterischen Kapitalismus, der sich in Mexiko durch eine brutale «Nekropolitik» (Gewaltherrschaft per Folter und Mord) charakterisiere, derselbe bleibe. Deshalb erwartet CCTI kaum radikale Veränderungen in ihrer psychosozialen Begleitarbeit mit Repressionsopfern. «Fälle wie Ayotzinapa werden sich nicht einfach lösen mit dem Amtsantritt von López Obrador am 1. Dezember, gibt Díaz zu bedenken. Diese Prozesse können so langwierig sein wie die Kämpfe gegen Straflosigkeit in Guatemala und Kolumbien.» Und die neuen Gesetze gegen Folter und Verschwin-



Eine Ärzbrigade von SADEC mit Joel Heredia (links) unterwegs zu indigenen Gemeinden in Chiapas.

PROJEKTSTICHWORTE

– medico international schweiz unterstützt in Süd-Mexiko die Arbeit gegen Folter und Straflosigkeit in Guerrero, zapatistische Landkliniken in Chiapas und die medizinische, psychologische und juristische Begleitung von Folterüberlebenden und MenschenrechtsverteidigerInnen in Oaxaca.

denlassen, die dank jahrelanger Lobbyarbeit von Organisationen wie CCTI erkämpft wurden, müssen nun in die Praxis umgesetzt werden. Auch dies wird dauern.

Ein positives Signal für die Gesundheitsversorgung

«Na, jetzt haben wir auf einmal zwei Präsidenten: Einer, der nicht weiss, wie er abtreten soll, und ein anderer, dem es pressiert, ins Amt zu kommen und der alle Aufmerksamkeit auf sich zieht», spöttelt Joel Heredia von der *Basisgesundheitsorganisation SADEC* mit Sitz in Palenque, Chiapas. Als positives Signal der sich abzeichnenden neuen Politik wertet der Arzt, dass sie auf öffentliche Basisversorgung abzielt,

Schritt für Schritt muss es gelingen, das Ruder herumzureissen.

also auch in das öffentliche Gesundheitswesen investieren will. Dieses wurde in den letzten Jahren neoliberaler Politik völlig ausgehöhlt. Immer wieder musste SADEC Impfkampagnen für Chiapas aufschieben, weil das Gesundheitsministerium die versprochenen Impfstoffe nicht oder verspätet lieferte.

Mehr Frauen in der Regierung

Auch dass nun Frauen fast die Hälfte der Parlamentssitze und der Regierungsstellen bekleiden, ist bemerkenswert. Bekämpfung von Korruption und neuer Wohlstand, der Migration und Gewalt einschränken soll, das sind laut Heredia die zentralen Hoffnungen der 30 Millionen MexikanerInnen, die Morena gewählt haben. SADEC arbeitet in Gemeindekliniken, die von der indigenen Bewegung EZLN, den *Zapatistas*, aufgebaut wurden. Die *Zapatistas* sind

skeptisch der neue Regierung gegenüber. «Sie können den Vorarbeiter auswechseln, aber die *Finca* bleibt die gleiche», meinten sie lakonisch in einer Stellungnahme.

Die neue Regierung hat zur Marginalisierung der indigenen Bevölkerung widersprüchliche Signale gesendet. So soll das 1996 unterzeichnete Abkommen von San Andrés zu den indigenen Rechten nach 22 Jahren nun doch umgesetzt werden. Aber gleichzeitig kündigt López Obrador auch Grossprojekte im Süden des Landes an, welche die Rechte der indigenen Bevölkerung bedrohen.

Widersprüchliche Hoffnung

Für Sara Méndez kommen wichtige Veränderungen auf die Arbeit des *Komitees zur integralen Verteidigung der Menschenrechte Codigo-DH* zu. «Die Regierung von López Obrador nimmt Themen aus unserer Menschenrechtsagenda auf, so der Kampf gegen die Straflosigkeit und Anliegen der verletzlichsten Gesellschaftsgruppen.» Aber die Koordinatorin von *Codigo-DH* in Oaxaca erwähnt auch die Wirtschaftspolitik, insbesondere in der Frage der Energiereform: «In den indigenen Territorien wie dem Isthmus von Tehuantepec sollen weiter Grossprojekte wie der Bergbau angesiedelt werden. Wir leben in einer ziemlich widersprüchlichen Hoffnung!»

In dieser neuen Epoche der mexikanischen Gesellschaft werden wir unsere Partnerorganisationen weiter begleiten und auch die internationale Gemeinschaft ist aufgefordert, zur Lösung der schweren Menschenrechtskrise in Mexiko beizutragen: eine titanische Aufgabe. Schritt für Schritt muss es gelingen, das Ruder herumzureissen. Sonst ist die Gefahr gross, dass eine neue politische Enttäuschung weiterer Gewalt Platz macht. Eine progressive Veränderung ist allerdings erst dann abzusehen, wenn die sozialen und territorialen Forderungen der Bewegungen von der Regierung ernst genommen und umgesetzt werden. Davon sind wir noch weit entfernt. Die Stärkung der sozialen Akteure, die unsere Partnerorganisationen in ihrer Arbeit anstreben, ist dafür eine Grundvoraussetzung. ✕

NICARAGUA

Ay Nicaragua, Nicaragüita

Nicaragua, kleines Nicaragua, meine schönste Blume von allen – das berühmte Lied von Carlos Mejia Godoy fängt die zarte und poetische Seite der nicaraguanischen Revolution ein, die viele Menschen berührte, die aber auch im bewaffneten Widerstand erkämpft worden war. Heute erschüttern wieder Gewalt und Repression das Land. Therese Vögeli

Seit den Anfängen der sandinistischen Revolution Ende der siebziger Jahre engagiert sich medico international schweiz, vormals Centrale Sanitaire Suisse in Nicaragua. Die gelebte Solidarität hat in unseren Herzen und in unserer Organisation tiefe Spuren hinterlassen. Heute sind wir traurig und besorgt über die grosse Krise, in die das Land seit April gestürzt ist, erschüttert über die repressive Gewalt, mit der die Regierung Ortega/Murillo auf den Aufstand von grossen Teilen der Bevölkerung antwortet und das Erstarken krimineller Banden und gewaltbereiter Trittbrettfahrer der Opposition. Wird ein Ausweg möglich sein, in dem die Menschen, die für ihre emanzipatorischen Ideale so hart gekämpft haben, nicht die VerliererInnen sein werden?

Die Folgen der extremen politischen und humanitären Krise, so berichten unsere Partnerinnen, belasten die Bürgerinnen und Bürger persönlich, emotional und ökonomisch. Frauen leiden zusätzlich unter psychologischer und sexueller Gewalt. Gewaltandrohungen und willkürliche Verhaftungen führen zu der Vertreibung vieler Personen innerhalb Nicaraguas und ins Ausland. Auch die Mitarbeiterinnen und Promotorinnen unserer Partnerorganisationen in Managua und Masaya werden offensichtlich von Strafverfolgungsbehörden bedroht.

Lesen Sie, wie unsere Projektpartnerinnen die letzten Monate erlebt haben und wie sie ihre Arbeit unter schwierigsten Bedingungen weiterführen.

Versammlungen sind riskant

Für das *Frauenkollektiv Masaya* wurde die Arbeit nach Ausbruch der Unruhen sehr schnell fast gänzlich unmöglich.

Strassensperren und Strassenkämpfe machten es zu gefährlich, zu ihrem Gebäude im Stadtzentrum zu gelangen. «Da das Kollektiv sich auf die Organisation der Frauen und die Verteidigung ihrer Rechte ausrichtet, multiplizieren sich für uns die Risiken» schreiben uns die Koordinatorinnen Mitte August. Sie versammelten sich bei einer Kollegin zuhause und konzentrierten sich auf organisatorische Aufgaben. Mittels Telefon und Boten konnten sie den Kontakt zu den Promotorinnen in den Gemeinden aufrecht erhalten. Die Treffen der Frauengruppen mussten suspendiert werden, um die Teilnehmerinnen keinen Risiken auszusetzen. Die weniger augenfällig politisch ausgerichteten Alphabetisierungskurse konnten unterdessen den Unterricht wieder aufnehmen.

Heute benutzt das Kollektiv ihr Zentrum wieder an zwei Tagen pro Woche, sieht aber von grösseren Ver-

«Da sich das Kollektiv auf die Organisation der Frauen ausrichtet, multiplizieren sich für uns die Risiken»

sammlungen ab, um die Frauen und sich selbst nicht zu exponieren. Ausgesetzt wurde vorerst die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium, welches sich in der aktuellen Krise gezwungen sieht, die Position der Regierung zu vertreten. Ärzten oder Krankenschwestern, die Verletzte der zivilen Opposition versorgten, wurde gekündigt. Ambulanzen seien für den Transport von paramilitärischen Kräften benutzt worden. Die Glaubwürdigkeit des Gesundheitsministeriums habe in den Augen vieler stark gelitten. Es

gebe sogar Vorbehalte gegen die Hausbesuche der Schädlingsbekämpfung, da auch diese zur Einschüchterung der Bevölkerung eingesetzt würden. Das Kollektiv wird darum bis Ende Jahr die Krebsabstriche mit einer unabhängigen Krankenschwester im eigenen Zentrum durchführen.

Jede geplante Aktivität wird von einer sorgfältigen Risikoanalyse begleitet.

Das Kollektiv hat sich für eine Evaluation und Neuausrichtung ihrer Arbeit entschieden. Jede geplante Aktivität wird von einer sorgfältigen Risikoanalyse begleitet. Als neues und dringendes Bedürfnis definieren sie die seelische und emotionale Bewältigung der erlebten Krisensituation. Mit Kursen in Selbstfürsorge und dem Umgang mit den Folgen von Stress in Kriegssituationen sollen die Promotorinnen und Mitarbeiterinnen befähigt werden, sich selber und den Frauen in ihren Gruppen besser beizustehen.

Das Kollektiv engagiert sich auch in der feministischen Bewegung, die im Zusammenschluss der Opposition eine wichtige Rolle einnimmt. Und natürlich spürt jede von ihnen die Krise auch im eigenen Alltag: «Ich lebe fast vollständig zurückgezogen», schreibt uns die Koordinatorin. «Ich gehe so wenig wie möglich aus dem Haus, versuche, alles Not-

wendige in der Nachbarschaft zu erledigen und nach 14 Uhr das Haus nicht mehr zu verlassen. Die Tochter bleibt zuhause und erhält keinen Unterricht mehr. Ihre Schule befindet sich gleich neben der Universität, wo sich die StudentInnen verschanzt haben. Die Beklemmung und die Angst sind gross.»

Die Arbeit geht weiter

Für die *Hebammenvereinigung in Nueva Guinea* ist wieder etwas Normalität eingekehrt. Während einigen Monaten mussten die Hebammen ihre Weiterbildungen und die Arbeit in den Gemeinden aussetzen, da die Transportwege durch die vielen Strassensperren nicht mehr sicher waren. Das Spital und die Ambulanzen und auch der Markt wurden von marodierenden Gruppen teilweise geplündert und beschädigt. Es handelte sich dabei aller Wahrscheinlichkeit nach nicht um regierungsnahe Akteure. Wer die Drahtzieher waren, bleibt ungewiss. Geburten konnten durchgehend im Spital durchgeführt werden. Die unterbrochenen öffentlichen Transporte in die Stadt erschwerten den Frauen aus den Gemeinden aber den Zugang zum Spital.

Der lokalen Regierung scheint es unterdessen gelungen zu sein, erfolgreich mit den oppositionellen Gruppen zu verhandeln. Es kam zu keinem harten Eingreifen der Polizei, alle Strassensperren wurden aufgelöst und



Das Hebammenhaus beherbergt weiterhin Mütter in den Wochen vor und nach der Geburt. Auch ein erster Weiterbildungskurs für die Hebammen konnte wieder durchgeführt werden.

auch die Plünderungen haben aufgehört. Die Jugendarbeit in den Gemeinden kann fortgesetzt und im Hebammenhaus konnte auch wieder ein erster Weiterbildungskurs durchgeführt werden. Allerdings seien die Preise und damit auch die laufenden Kosten für das Hebammenhaus durch die Krise markant angestiegen. Wir sind erleichtert, dass wir aus Nueva Guinea keine Berichte über persönliche Gefährdungen der Projektpartnerinnen erhalten.

Das Frauenkollektiv mitten drin

Das feministische *Kollektiv 8 de Marzo* in Managua befindet sich durch ihren expliziten und mobilisierenden Kampf für die Rechte der Frauen und Jugendlichen im Brennpunkt der Auseinandersetzungen. Die Koordinatorin Luz Marina Torrez ist als wichtige Figur in der feministischen Bewegung stark involviert im Zusammenschluss der Opposition und arbeitet an der Entwicklung von Lösungswegen aus der Krise, die zusätzliche Opfer vermeiden sollen: «Die Frauenbewegung hält wöchentlich über eine virtuelle Plattform Sitzungen ab. Wir informieren uns gegenseitig und stimmen unsere Argumente und Strategien ab. Diese Sitzungen sind sehr wichtig, um unsere Moral hoch und unseren Geist lebendig zu halten, angesichts der Barbarei, die wir erleben», berichtet Torrez.

Das Kollektiv sah sich rasch mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert. Die in *8 de Marzo* organisierten Jugendlichen beteiligten sich aktiv an den Protesten und gerieten ins Visier der Repression der Regierung. Für einige von ihnen musste ein sicheres Untertauchen organisiert werden. Auch gegen das Kollektiv und die Mitarbeiterinnen werden Drohungen ausgesprochen und wir sind in Sorge um ihre Sicherheit.

Die Zahl der Frauen, die im Frauenhaus Schutz suchen, verdoppelte sich in kurzer Zeit. Einerseits wurden neu auch Frauen und ihre Töchter aufgenommen, die aufgrund ihrer Aktivitäten in der Opposition gefährdet waren, andererseits konnten Frauen, die in gewalttätigen Abhängigkeitsverhältnissen lebten die Unruhen nutzen, um ihren Peinigern zu entfliehen.

Die neue Ausgangslage verlangte nach einem neuen Sicherheitsdispositiv für das Frauenhaus und auch für das Gebäude des Kollektivs.

Es wird viel Aufarbeitung und psychosoziale Arbeit notwendig sein, um die traumatischen Erfahrungen der Jugendlichen und der Frauen zu verarbeiten. Die grosse Expertise von *8 de Marzo* in innovativen Formen der Quartier- und Jugendarbeit wird ihnen dabei zugute kommen. Gegenwärtig gehören sie aber selber zu den von der



Die Ärztin und medico-Projektverantwortliche Elvira Ghioldi Thüring (links), hier mit Luz Marina Torrez, hat 1987-88 im Regionalspital von Bluefields an der Atlantikküste gearbeitet.

Repression betroffenen und gefährdeten Menschen. Sie sind bis aufs äusserste gefordert, die Erschütterung auszuhalten, in der Arbeit laufend auf die drängendsten Probleme zu reagieren und dabei den Mut und die Zuversicht nicht zu verlieren.

Unsere Partnerinnen tun alle an ihren unterschiedlichen Orten mit grossem persönlichen Einsatz ihr Möglichstes für die Frauen und Jugendlichen und für die Zukunft ihres Landes. In der nächsten Zeit wird grosse Flexibilität in der Umsetzung der geplanten Projekte nötig sein. Auch hierbei haben unsere Partnerinnen unsere solidarische Unterstützung. Sie können sich in dieser schwierigen Zeit auf uns verlassen. Wir verlassen uns darauf, dass wir damit auch in Ihrem Sinne handeln.

×

PROJEKTSTICHWORTE

- Seit der Sandinistischen Revolution 1979 unterstützt medico international schweiz in Nicaragua Frauenorganisationen, die sich für die Gesundheit, die Rechte und den Schutz vor Gewalt der Frauen, Mädchen und zunehmend auch der jungen Männer einsetzen.
-

KURZNEWS

Gaza Israel schießt erneut auf SanitäterInnen in Gaza. Am 10. August haben israelische Soldaten den Sanitäter Abdullah Al-Qutati in Gaza erschossen, als er verletzten Protestierenden zu Hilfe eilte. Am selben Tag wurden ausserdem acht Erste-Hilfe-Leistende verletzt, darunter Mahmoud Abdulati, langjähriger Freiwilliger der medico-Partnerin *Palestinian Medical Relief Society*. Das Geschoss traf Abdulati ins linke Bein und zerstörte Knochen und Arterien. Bereits im Juni töteten israelische Soldaten die 21-jährige Sanitäterin Razan Al-Najjar.



Abdullah Al-Qutati (rechts) bei einem ehrenamtlichen Einsatz als Sanitäter für die Versorgung der Verletzten an einer Kundgebung östlich von Rafah.

Shengal, Kurdistan Seit dem 15. August 2018 bombardiert die Türkei die Shengal Region im Nordirak. Dabei wurden viele Menschen verletzt oder getötet. Unter ihnen der ezidische Aktivist Mam Zeki. Der medico-Partner *Dachverband des Ezidischen Frauenrats* verurteilt den Krieg des Erdogan-Regimes gegen die ezidische und kurdische Bevölkerung aufs Schärfste und fordert die sofortige Beendigung der Angriffe, Konsequenzen auf internationaler Ebene gegen die Türkei und den Irak, sowie humanitäre Hilfe für die betroffene Bevölkerung.

VERANSTALTUNGEN

Montag, 24. Sept. 2018, 19.00 Uhr
Walcheturm, Kanonengasse 20, 8004 Zürich

Afrin - Kampf um den Berg der Kurden
Mit Thomas Schmidinger, Politologe und Autor
Moderation: Armin Köhli

Wie wurde die Stadt Afrin in Nordsyrien für hundertausende KurdInnen zum Zentrum ihres demokratischen Konföderalismus? Weshalb schauen die USA, Russland und Europa untätig zu, wie der türkische Präsident Erdogan einen Angriffskrieg gegen die Region Afrin lostritt und die Stadt mit Hilfe loyaler Dschihadisten ethnisch säubert und umbaut? Warum schweigen die Uno-Räte für Menschenrechte und Sicherheit zu den groben Verstössen der Türkei gegen das Völkerrecht? Thomas Schmidinger, Autor des Buches «Afrin - Kampf um den Berg der Kurden» hat Afrin wiederholt besucht und berichtet über die Geschichte und Gegenwart der Region. Er erläutert, wie Afrin zur kurdischen Hauptstadt Syriens wurde und welche geopolitischen Interessen bei der Zerstörung des demokratischen Konföderalismus verfolgt werden.

Eine Veranstaltung von *medico international schweiz*, *Widerspruch*, *Solifond* und *Brückenschlag Zürich-Diyarbakir*.

Montag, 5. Nov. 2018, 19.30 Uhr
RomeroHaus, Kreuzbuchstr. 44, 6006 Luzern

Sozio-politische Gesundheitsversorgung
Mit Dr. Joel Heredia, SADEC, Chiapas, Mexiko

Von den staatlichen Diensten vernachlässigt, decken die von der Bevölkerung organisierten Landkliniken in den zapatistischen indigenen Gemeinden die Basisgesundheitsversorgung ab. Unterstützung erhalten sie von angehenden Ärztinnen und Ärzten im Sozialdienst.

Eine gesunde Basis für Alle!

Mit Ihrer Spende stärken die medico-Partnerorganisationen in Kuba, Mexiko, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, Palästina/Israel, Kurdistan und Vietnam die Gesundheit benachteiligter Menschen.

medico international schweiz
Quellenstrasse 25, Postfach 1816
CH-8031 Zürich
+41 044 273 15 55
www.medicointernational.ch
info@medicointernational.ch
Postkonto 80-7869-1
IBAN CH57 0900 0000 8000 7869 1



medico international schweiz
Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich